

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Führer. 1927-1944 1933**

48 (17.2.1933) Bundschuh und Hakenkreuz

# Bundschuh und Hakenkreuz

UNSERE NATIONALSOZIALISTISCHE BAUERNBEILAGE

## Heke gegen Adolf Hitlers Landwirtschaftshilfe

Zentrum und Marxisten wieder brüderlich vereint - Der letzte Bauer zieht seine Folgerung daraus - Jede Stimme der Liste 1!

A. S. Giftgeschwollen lauerten die roten Bouzen und liberalen Handelsjuden auf die erste Gelegenheit, über die unter Führung Adolf Hitlers stehende Reichsregierung herzufallen. In den ersten Tagen nach der Machtübergabe freischien sie: Wo bleiben die Taten? Als die Taten kamen, nachdem erst einmal die dringendsten personellen Säuberungsarbeiten in den Ministerien erledigt waren - mancher fett gemordene rote oder schwarze Ministerialbürokrat reißt sich jetzt angstschweißend den Bausi, weil es ihm an den Kragen geht - kamen unverzüglich Hilfsmaßnahmen für die deutsche Wirtschaft. Und von neuem spudde, lauchte, zischte das Geschmeiß, das in 14jähriger Herrschaft den Bauern an den Bettelstab brachte, so daß er von jahrhundertaltem Familienbesitzum weichen mußte.

Ueber das wütende Kollern der Not und Wunden wir uns nicht. Ihnen wird nach dem 5. März das Maul für immer gestopft werden. Das erregte Manövern der liberalen Handelsjuden, denen durch die Maßnahmen der neuen Regierung der Boden für ihr anrüchiges Gewerbe entzogen wurde, läßt uns kalt. Über sie weg wird der Nationalsozialismus in ebrenem Schritt seinen Weg zur Rettung des deutschen Volkes gehen. Mag zerren am Boden liegen bleiben, was sich bisher an der Not unseres Volkes bereicherte.

Ueber eines aber freuen wir uns: Nämlich darüber, daß das Zentrum nun seine bauernfreundliche Maske fallen läßt und sich gegenüber den handelspolitischen Maßnahmen die gleiche Front wie Marxisten und liberale Handelsjuden stellt.

Dem letzten Bauernmann wird dadurch ein Licht aufgesteckt werden. Wir müssen immer wieder daran erinnern, daß der badische zentristische Staatspräsident Dr. Schmitt sich in der Regierungserklärung im Badischen Landtag vor drei Wochen

**Kaht am guten Alten  
Uns in Treue halten,  
Aber auf dem alten Grund  
Neues wirken zu jeder Stund'.  
Am kräftigen Neuen  
Uns laben und freuen!**  
(Alter Bauernhauspruch)

als ausgesprochener Exportjanatiker vorstellte.

Der Exportpolitik um jeden Preis aber haben wir die nennlich traurige Lage der deutschen Landwirtschaft zu verdanken. Das weiß jeder Bauer. Nur der badische Staatspräsident weiß es nicht.

Und nun eine Reichsregierung am Ruder ist, die entschlossen daran geht, dem deutschen Bauern auf die Beine zu helfen, fällt die Zentrumspresse geferd über diese Regierung her. Ein Glanzstück überster Zentrumsdemagogie stellt der Artikel eines gewissen Dr. J. Baumgartner dar. (Um Verwechslungen zu vermeiden, bemerken wir, daß der badische Kultusminister Dr. E. Baumgartner heißt.) Dieser Dr. J. Baumgartner also sucht in geradezu schlüssig anmutenden Ausführungen die Fehler der schwarzen Gazette - denen man derartige, von gottfrächtlicher Dummheit zeugende Ausführungen wohl vorlesen kann - gegen das Reichskabinett Hitler einzuschmeißen.

Da wird zunächst mit merklichem Schmerz über die Reichstagsanflüstung gemurmelt, die bekanntlich vom Zentrum provoziert wurde, da es der Regierung die nötige Ermächtigung, um ein ruhiges Arbeiten zu ermöglichen, nicht gab. Dann wird die Säuberung der Verwaltung von emporgelommenen Gewerkschaftsfunktionären beweiint und dann - Zweck der Sache - über

### Die neuen Vieh- und Fleischzölle

hergefallen. Dabei wird mit haargenau denselben Argumenten gearbeitet wie das sozialdemokratische und liberalistische Judenpaß. Die

Vieheinfuhr vom Ausland wie sie so gut wie keine Rolle mehr, wird hier erzählt und festgestellt, daß Deutschland mehr Rinder und Schweine erzeuge als 1913.

Wenn das Zentrum diese letztere Tatsache kannte, warum hat es dann nicht schon längst die Einfuhr von Vieh verhindert? Wenn das Zentrum diese Tatsache kannte, dann ist sein verbrecherisches Verhalten gegenüber der deutschen Viehwirtschaft doppelt schandwüdig.

Die Einfuhr von Rindvieh ist im Jahre 1932 mit 100 000 Stück höher gewesen als 1931 mit 84 000 Stück. Die Schmalzeinfuhr ist von 788 000 Doppelzentner im Jahre 1930 auf 892 000 Doppelzentner im Jahre 1931 und 1932 gar auf 1 Million Doppelzentner gestiegen.

Beim Zentrum waht man also zu behaupten, es spiele für die deutsche Landwirtschaft keine Rolle, wenn sie 100 000 Stück Rindvieh mehr abziehen kann als es bisher der Fall war!

### Bauer, zieh deine Folgerung daraus!

Aber der Herr Dr. J. Baumgartner geifert noch weiter. Dieser schwarze Geist tut ganz so, als ob es nicht das Zentrum gewesen wäre, das die Macht dazu gehabt hätte, zu sorgen, daß

„der deutsche Bauer für seine Produkte nicht nur 81 Proz. der Vorkriegszeit erhält, während er von der Industrie 118 Proz. der Vorkriegszeit die Produkte beziehen muß.“ (Wertwüdiges Deutsch übrigens, Herr Dr. Baumgartner!).

Wenn heute die Preisere zwischen Agrar- und Industrieprodukten klafft, dann ist dafür niemand anders verantwortlich, als die schwarzen und roten Gejellen, die uns in den letzten 14 Jahren in den Dreck führten.

Die neue Regierung wird es als ihre Aufgabe betrachten, den Bauernstand als Grundlage des Staates und Reiches aus diesem Dreck wieder herauszuziehen. Und diese neue Regierung wird ihrer Aufgabe gewachsen sein, darauf kann man sich beim Zentrum verlassen. Sind es vielleicht auch „Scheinmaßnahmen für die Landwirtschaft“, wenn die Regierung Adolf Hitlers toeben gewisse

### Zollbindungen mit Frankreich gelöst

hat, um die einheimische Produktion schützen zu können?

Eine wie beachtliche Bedeutung diese Lösung hat, soll an Hand der nachstehenden Statistik gezeigt werden. Es handelt sich um eine Einfuhr von weit über 20 Millionen RM. im Jahre 1932.

Speisebohnen	4 463 000 RM.
Erbsen	1 896 000 RM.
Grünfuttter	1 317 000 RM.
Moitohhl	988 000 RM.
Wirfingohhl	582 000 RM.
Rosenohhl	475 000 RM.
Zwiebelen	10 207 000 RM.
Karotten	686 000 RM.
Salat	7 886 000 RM.
Simbeer, Johannisbeer und Stachelbeer	296 000 RM.
Karpfen	682 000 RM.
Kaps- und Nüßel	344 000 RM.
Erbsenohhl	264 000 RM.

Diese Millionen werden nun deutschen Gärtnern und deutschen Gemüsebauern zugute kommen.

Will das Zentrum etwa behaupten, diese Einfuhr spiele keine Rolle?

Ist es auch eine „Scheinmaßnahme“, wenn die Einfuhr zulässigster Futtermittel mit sofortiger Wirkung verboten wurde, da wir genügend Futtermittel im eigenen Lande haben?

Ist es auch eine „Scheinmaßnahme“, wenn das unter Führung Adolf Hitlers stehende Reichskabinett unverzüglich einen

### Vollstreckungsschuh für die gesamte deutsche Landwirtschaft

einführte, wenn also künftig kein Bauer mehr von seinem angekauften Hofe vertrieben werden kann.

Die badische Landwirtschaft dankt es Adolf Hitler, daß das Beer der Gerichtsvollzieher und Versteigerungsbeamten künftig auf ihren Dörfern nichts mehr zu suchen hat.

Künftig wird man schon die Zugtiere mehr aus dem Stall ziehen, künftig wird es keinen zweiten Fall Gbbrichen mehr geben,

Künftig wird an feinem von Bauernschweigen gedüngten Acker schon vor der Ernte das Schild „Gepfändel“ stehen.

Der erste Schritt zum Wiederaufbau der Landwirtschaft ist getan. Die Regierung Hitler wird unentwegt ihren Ziele zuschreiten, mögen rote, gelbe und schwarze Klaffer auch noch so wütend an ihren Ketten zerren.

Der badische Bauernstand wird am 5. März mit dem letzten Mann, der letzten Bran, dem letzten wahlberechtigten Jungbauern an die Wahlurne treten und den Mann wählen, der zur rettenden Tat schritt, nachdem die schwarzen Bauernfeinde jahrelang Schindluder mit dem Volk getrieben haben.

Liste 1 - heißt die Bauernparole für den 5. März!

## Vorsicht beim Schlachtviehverkauf

In letzter Zeit erscheinen des öfteren Mitteilungen über die schlechten Absatzmöglichkeiten für Schlachtvieh. So z. B. von Grünfeld, wo es heißt, daß ein Landwirt 3 Stück Schlachtvieh (1 Kuh, 1 Rind, 1 Kalb) zum Preise von RM. 100 verkaufen mußte. Obwohl es sich bei diesem Verkauf - wie Nachforschungen ergeben hat - um geringwertiges Vieh handelte, geht daraus die schlechte Preisbildung deutlich hervor. Ähnliche Fälle werden täglich gemeldet. So mußte nach der Zeitungsmeldung ein Landwirt in Bietingen zwei prächtige Schlachttiere im Gewichte von zusammen 28 Zentnern zum Preise von RM. 244 verkaufen, was einem Lebendgewichtpreis von 9 Pfennig für das Pfund entspricht. Diese Notiz erscheint mit der richtigen Ueberschrift: „Wohin soll dies treiben?“

Die Not der Landwirtschaft und insbesondere der Viehwirtschaft ist derart groß, daß viele landwirtschaftlichen Betriebe zusammengebrochen sind und noch viel mehr vor dem Zusammenbruch stehen.

Gerade die Regelung der Abfahrfrage ist für den Landwirt von ausschlaggebender Bedeutung.

Der Landwirt muß immer noch mehr wie bisher zur Selbsthilfe greifen und sich wegen Bezug und Absatz von Schlachtvieh zu Genossenschaften zusammenschließen. Nur auf diesem

Wege wird es möglich sein, Einfluß auf die Preisbildung zu gewinnen.

Zur gleichen Zeit, als der Landwirt in Bietingen seine zwei prächtigen Ochsen von zusammen 28 Zentnern selbst zum Preise von nur RM. 244 verkaufte, wurden durch eine landwirtschaftliche Viehverkaufsstelle in Baden zwei minderwertige, ältere Ochsen ungefähr im gleichen Gewichte zum Bruttoppreise von RM. 680 verkauft, sodas nach Abzug der Unkosten, Frachten, Markt- und Waagegebühren usw. für einen Ochsen ein noch weit höherer Preis verblieb, als der Landwirt von Bietingen für seine zwei erstklassigen Ochsen erhalten hat.

Viele Landwirte glauben nun, daß sie es nicht nötig haben, sich zwecks Absatzes ihres Viehs genossenschaftlich zusammenzuschließen. Sie glauben, wenn sie ihr Schlachtvieh selbst verkaufen, die Unkosten, welche durch den genossenschaftlichen Schlachtviehabsatz entstehen, sparen zu können, obwohl sie über die Qualitätsbeurteilung usw. nicht so orientiert sein können, wie dies bei einem Käufer der Fall ist, dessen Aufgabe es ist, immer Schlacht einzukaufen.

Viele Landwirte glauben auch, Zweck des genossenschaftlichen Schlachtviehabsatzes wäre der, ihn gegen andere Käufer - oder umgekehrt - auszuspielen. So trug sich in letzter Zeit ein Fall in der Gegend von Donaueschingen zu.

Der Landwirt erkundigte sich bei der landwirtschaftlichen Viehverkaufsstelle, was er ungefähr für zwei ältere Ochsen im Gewicht von zusammen 38 Zentnern erlösen könne. Er erklärte hierbei, daß ihm im Stall ca. 20 Pfennig pro Pfund Lebendgewicht geboten seien. Die landwirtschaftliche Viehverkaufsstelle empfahl hierauf dem Landwirt die Tiere zu dem gebotenen Preis zu verkaufen, da nach dem Beschrieb der Tiere dieses Angebot als günstig anzusehen wäre. Anscheinend traf dieses Angebot jedoch nicht zu, denn der Landwirt sandte dann die Tiere an einen unterbadischen Käufer und erhielt einen weit niedrigeren Preis, als wenn er die Verwertung der Tiere durch die landwirtschaftliche Viehverkaufsstelle, d. h. durch seine eigene Organisation hätte vornehmen lassen, da, wie es sich herausstellte, der unterbadische Käufer nicht den Preis von 20 Pfennig je Pfund Lebendgewicht ab Stall, dem der Landwirt von der landwirtschaftlichen Viehverkaufsstelle hätte erzielen wollen, bezahlte, sondern die Tiere frachtfrei unterbadischer Station zu dem bei der Ankunft festgestellten Gewicht und dazu noch zu einem wesentlich niedrigeren Preis pro Pfund kaufte. Hätte der Landwirt seine Tiere an seine eigene Organisation, die landwirtschaftliche Viehverkaufsstelle geliefert, so hätte er verlangt, daß ihm ein höherer Preis, als ihm angeblich ab Stall geboten worden war, ausbezahlt wird und hatte, wenn dies nicht der Fall gewesen wäre, über seine eigene Organisation geklämpft. Ob er jetzt auch über sich selbst schimpft? Derartige Fälle liegen zu Hunderten vor.

Wenn die Landwirtschaft Einfluß auf die Preisbildung gewinnen will, so ist dies nur durch festen, genossenschaftlichen Zusammenschluß möglich.

### Ein unerhörtes Vorgehen der Thomasmehlerzeuger-Industrie

Der Verein der Thomaspfosphatfabriken Berlin hat in seinem Rundschreiben vom 1. Februar neue Bezugsbedingungen herausgegeben, die eine untragbare Belastung der Landwirtschaft bedeuten.

1. Bei allen Lieferungen ab 1. Februar nehmen die Thomaspfosphatfabriken eine Analysen-Fehlergrenze von 0,8 Proz. in Anspruch.
2. Die Kosten einer Nachuntersuchung bei einer landwirtschaftlichen Versuchstation gehen fernerhin zu Lasten des Empfängers. Die Einleitung von Mindergehaltsansprüchen gelten nach neuen erfahrungsmäßig Bestimmungen.

Nicht genug, daß zur Zeit Thomasmehlpreise gelten, die in gar keinem Verhältnis zu der Höhe der Agrarproduktpreise stehen, ja sogar an verschiedenen Stellen nicht unberechtigte Boykottbewegungen gegen dieses Düngemittel hervorgerufen haben, erkühnt sich der Verein der Thomasmehlerzeuger auch noch, die Kontrollanalyse dem Empfänger aufzubürden. Das ist um so bedauerlicher, als erfahrungsgemäß alle Nachuntersuchungen bei den einzelnen Thomasmehlwaggons bis zu 90 Proz. Analysendifferenzen zugunsten des Landwirtes ergeben haben. Bei keinem Ausbänderprodukt ist die 2. Analyse von solcher Bedeutung wie bei Thomasmehl, und der Landwirt wird durch diese Maßnahme doppelt geschädigt; einmal drückt man sich um die Untersuchungskosten und zum zweiten rechnet man damit, daß durch diese Maßnahme die Landwirte das Thomasmehl nicht mehr unterkaufen lassen werden. Eine solche Maßnahme rechtfertigt in keiner Weise den immer wieder auftretenden Kampf des deutschen Thomasmehls gegen Auslandsprodukte, die bis heute noch freie Nachuntersuchung gewähren und damit erfolgreich den inneren deutschen Markt bekämpfen werden.

Alle Kreise der Landwirtschaft sollten in ihrem Interesse geschlossen gegen eine derartige Verkaufspolitik des Vereins der Thomasmehlerzeuger vorgehen. Unter der Devise: „Kauft deutsche Waren“ darf man nicht die breite Masse zugunsten einiger großer Werte ausbeuten wollen.

### Nationalsozialistische Bauern!

Arbeitet unermüdlidh weiter an der Aufklärung eurer Berufskollegen!

Gründet überall NS.-Bauernschaften